

## 2. Demografiegipfel: Rückschau

Seit dem 1. Demografiegipfel im Oktober 2012 waren neun Arbeits- und zahlreiche Unterarbeitsgruppen gefordert, Antworten auf die Herausforderung des demografischen Wandels zu finden, die zuvor in einem Demografiebericht der Bundesregierung zusammengetragen worden waren. Im Anschluss wurde eine Demografiestrategie der Bundesregierung veröffentlicht.

Am 14. Mai nun präsentierten die Arbeitsgruppen der Fachöffentlichkeit ihre Ergebnisse auf einem 2. Gipfel. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich betonte in seiner Eröffnungsrede den dialogischen Charakter der Demografiestrategie: Sie sei ein Prozess, der längst nicht abgeschlossen ist und auch keinen Masterplan hervorbringen würde, weil man nicht von oben in die Subsysteme hineinregieren wolle, sondern vielmehr auf Flexibilität, Individualität und Vernetzung setze. Obwohl er die mittlerweile existierende „Welt des bürgerschaftlichen Engagements“ als zentralen Wert unserer Gesellschaft an zweiter Stelle nach der Familie anführte, in der Verantwortung, Nächstenliebe, Heimatliebe und Patriotismus das Handeln bestimmten, kam das zivilgesellschaftliche Engagement im Verlauf der Veranstaltung nur am Rande vor und war als eigenes Thema auch in keiner der Arbeitsgruppen behandelt worden. So gab es keine zufriedenstellenden Antworten auf die Fragen, welche Akteure die anstehenden gesellschaftlichen Aufgaben erledigen sollen und wie das alles finanziert werden soll.

Auch Bundeskanzlerin Angela Merkel zeigte in ihrer Rede lediglich Handlungsfelder auf, in denen Verbesserungsbedarf bestehe – wie Zeitmanagement, Rahmenbedingungen für Zuwanderung, altersgerechten Erwerbsleben, Zusammenhalt der Generationen, Wohlstandssicherung und Nachqualifizierung von beruflich nicht integrierte jungen Menschen sowie die Verlängerung der Lebensarbeitszeit –, ohne jedoch konkrete Handlungsstrategien zu benennen. Lediglich der für den in Brüssel weilenden Finanzminister Wolfgang Schäuble eingesprungene Staatssekretär im BMF, Steffen Kampeter, traute sich anzudeuten, dass auch die sozialen Sicherungssysteme verändert werden müssten, um die Kostensteigerungen, etwa in der Pflege, aufzufangen. - Für alle, die sich Erkenntnisse zur Rolle des bürgerschaftlichen Engagements in diesem Prozess erhofft haben, auch angesichts der umstrittenen Aussagen des jüngst erschienenen Engagementberichts, bleibt leider nur das Fazit: Vom Gipfel nichts Neues.

Die Ergebnisse der Arbeitsgruppen sind in einer Gipfelbroschüre des BMI veröffentlicht:

[http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Politik\\_Gesellschaft/DemographEntwicklung/ergebnisdokumentation.pdf;jsessionid=D75E479E45C208A5FD08FA74801ADF71.2\\_cid287?\\_blob=publicationFile](http://www.bmi.bund.de/SharedDocs/Downloads/DE/Themen/Politik_Gesellschaft/DemographEntwicklung/ergebnisdokumentation.pdf;jsessionid=D75E479E45C208A5FD08FA74801ADF71.2_cid287?_blob=publicationFile)

**Heidemarie Rubart** ist Beauftragte des Sprecherrates für Demografie.